

# Bindungswirkungen von Entscheidungen

A faint, stylized image of a scale of justice is visible in the background, centered behind the text. The scale has two pans hanging from a horizontal beam, which is supported by a vertical pillar. The entire scene is rendered in a light blue color against the dark blue background.

9. Juni 2011  
Dr. Elfriede Solé

# Rechtsnormen

- § 2 Abs 4 TKG 2003:
  - „Die Zuständigkeit des Kartellgerichts, des Bundeskartellanwaltes und der Bundeswettbewerbsbehörde bleiben unberührt“
- davor § 32 Abs 2 TKG 1997
- EU-Recht: Art 20 Abs 5 Rahmenrichtlinie

# Rechtsnormen

A faint, stylized image of a balance scale is visible in the background of the slide, positioned on the right side. The scale is tilted, with the right pan being lower than the left pan. The background is a dark blue gradient.

- ZPO

- § 190 Unterbrechung Zivilprozess
- § 411 Rechtskraft Urteil

- (AußStrG

- § 25 Unterbrechung des Verfahrens
- § 42 Rechtskraft
- § 43 Beschlusswirkungen)

- AVG

- § 38 Unterbrechung Verwaltungsverfahren
- § 68 Unabänderbarkeit des Bescheids

# Bescheidwirkungen



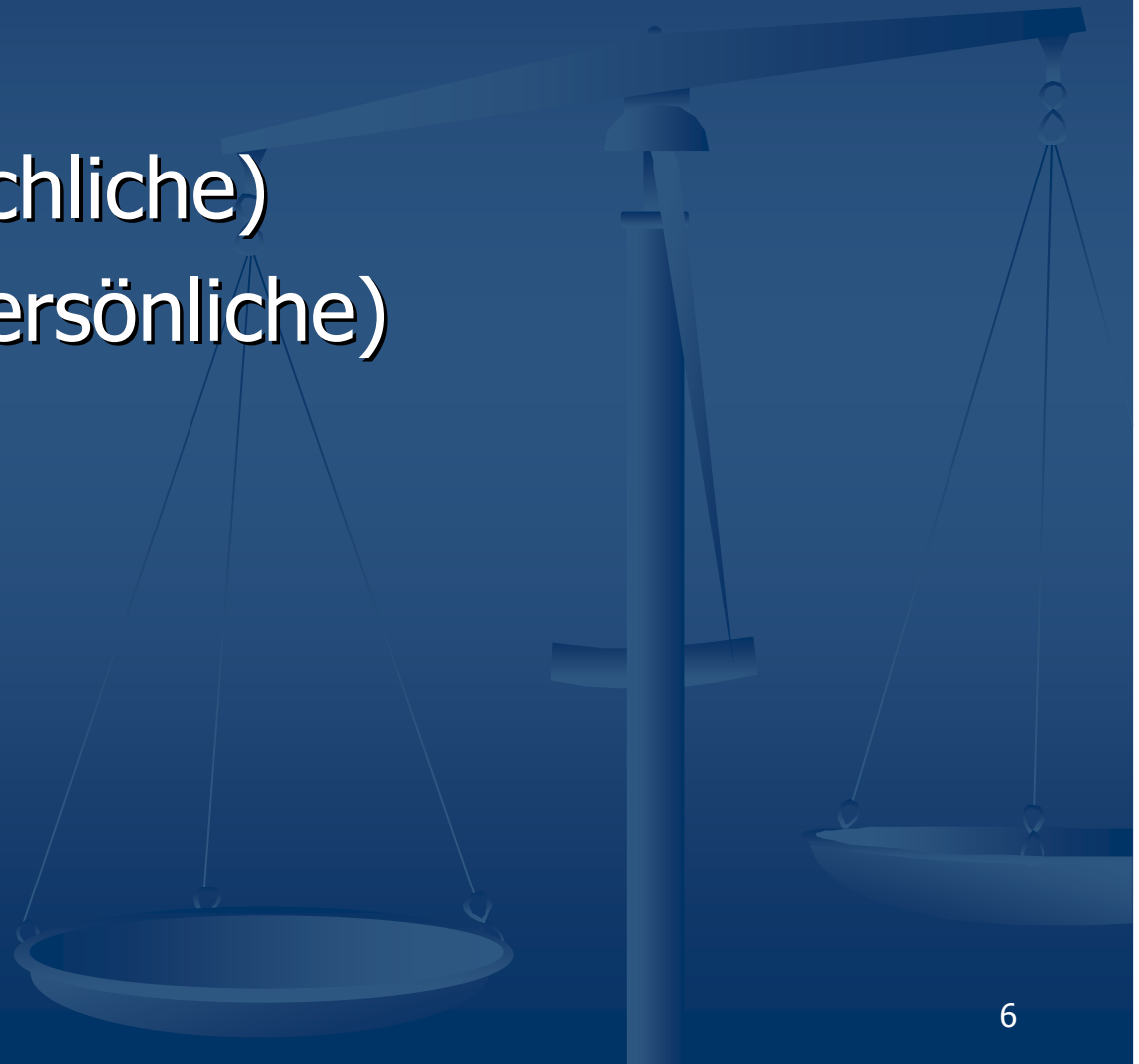
- Vollstreckbarkeit
- Tatbestandswirkung
- Rechtskraft
  - Formelle: Unanfechtbarkeit
  - Materielle: Unwiderrufbarkeit (Bindung der Behörde)
  - Unwiederholbarkeit
  - **Verbindlichkeit**

# Verbindlichkeit

- Normativität des Bescheids:
  - Es gilt, was der Bescheid ausspricht
- **Parteien** und **Behörden** haben Bescheidinhalt als maßgeblich zu betrachten bzw sich an den Ausspruch des Bescheids zu halten
  - ABER: im Rahmen der Grenzen der Bescheidwirkungen!!

# Grenzen der Bescheidwirkungen

- Objektive (sachliche)
- Subjektive (persönliche)
- Zeitliche
- Räumliche



# Räumliche Grenzen

- Bundesgebiet
- Landesgebiet
- Über nationale Grenzen hinaus
  
- Achtung: Räumliche Einschränkung der Anordnung im Bescheid selbst möglich (zB: Marktabgrenzung!!)

# Zeitliche Grenzen

- Entscheidung bezieht sich auf bestimmten Zeitpunkt – Bescheiderlassung  
(bzw Zeitpunkt, in dem zuletzt Tatsachenvorbringen erstattet werden kann)
- Daher: grds keine Verbindlichkeit für nachträgliche Änderungen



# Objektive Grenzen

- Entschiedene Verwaltungssache:
  - Durch **Sachverhalt** und **angewandte Rechtsvorschrift** determiniert
- Identität des Anspruchs markiert die objektiven Grenzen:
  - Durch Feststellungen in tatsächlicher und Subsumtion in rechtlicher Hinsicht konkretisiertes Sachbegehren
- Daher keine Identität der Verwaltungssache:
  - Anderer Sachverhalt oder
  - Anderer Rechtsvorschrift unterstellt

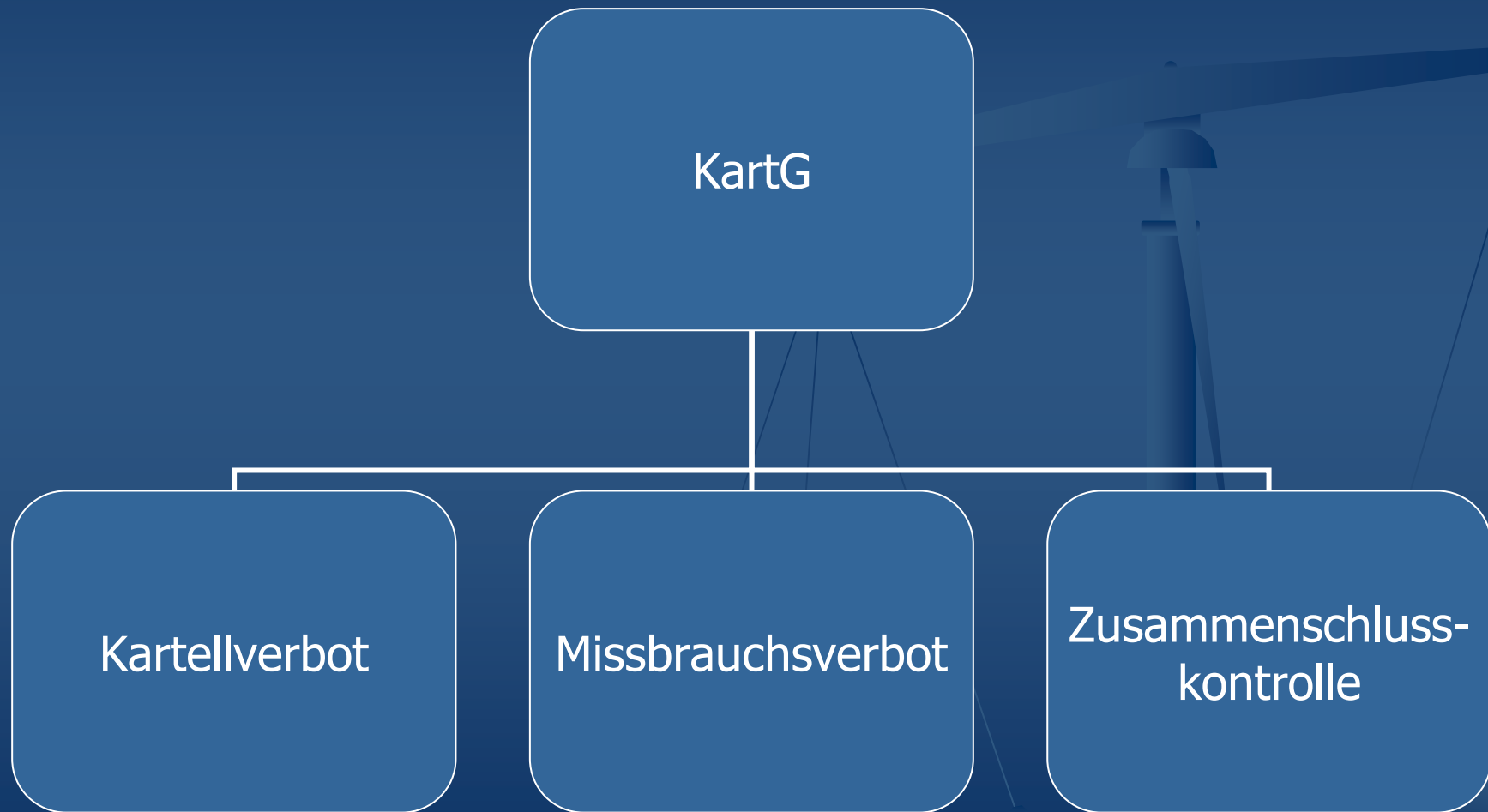
# Objektive Grenzen

- Identität der Sache, wenn gesetzliche Ermächtigung (hier im KartG bzw TKG)
  - inhaltsgleich und
  - voraussetzungsgleich ist.
- Daher keine Identität, wenn
  - Regelungszweck oder
  - Tatbestandsmerkmale unterschiedlich sind

# Verfahrensarten TKG/TKK

- Leitungs-/Mitbenutzungsrechte
- Frequenzen/ Konzessionen
- AGB/Entgelte
- Wettbewerbsregulierung
- Aufsichtsverfahren

# Zweige des KartG



# Verfahren des KartG



- Abstellungsverfahren
- Feststellungsverfahren
- Zusammenschlusskontrolle
- Geldbußenverfahren

# Identität ?

- Selbst wenn gleicher Lebenssachverhalt  
=> Nicht gleiche Rechtsvorschriften
- Selbst wenn gleicher Regelungszweck  
=> Tatbestandsmerkmale verschieden:
  - ⇒ TKG: Marktbeherrschung
  - ⇒ KartG: Marktbeherrschung + Missbrauch

# Identität ?

## A. Relevanter Markt:

- TKG: grds nach der Märkteempfehlung (dzt 7 Märkte)
- KartG: nach dem Bedarfsmarktkonzept  
⇒ ansonsten mengenmäßig keine Beschränkung

## B. Regulierungsansatz:

ex ante /wiederkehrend    ex post/Einzelfall

# Subjektive Grenzen

- Wirkung des Bescheids nur für die **Parteien** des Verwaltungsverfahrens
- Daher: keine Wirkung für Nichtbeteiligte und „übergangene“ Parteien



# Subjektive Grenzen

- Parteien des TKK-Verfahrens
  - In der Wettbewerbsregulierung: Betreiber und seine Wettbewerber
- Parteien des Verfahrens vor dem KG:
  - Antragsteller: jeder auch nur **wirtschaftlich** betroffene Unternehmer
  - Immer: **Amtsparteien**

# Bindungswirkung



„Rechtspolitische unerfreuliche Konsequenzen für die Parteien sind bei genauer Beachtung der Grenzen der Bindung nicht zu befürchten“

(Walter/Mayer, Grundriss des Verwaltungsverfahrens, RZ 470)



**Danke für Ihre  
Aufmerksamkeit!**